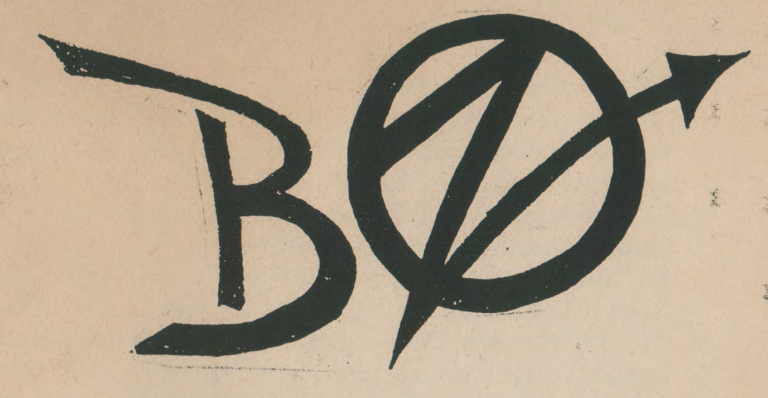
Zeitung der besetzten Zone

Nummer 6 (BZ 49)

Jahrgang 3

30.09.93

2,00 DM



Schwerpunkt:

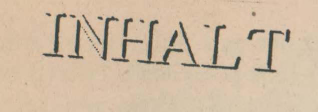
O.S.T.E.N.

Vorwort

Herzlichen Glückwunsch zum Erwerb der neuen BZ. Die Redaktionsgruppe hat weder Kosten noch Mühe gescheut, ein weiteres Mal ein hochwertiges Produkt der westdeutschen Presselanschaft hinzuzufügen. Und natürlich herzlichen Glückwunsch und heftige Umarmungen all jenen, die mitgeholfen haben, daß Sydney die Olympischen Spiele im Jahr 2000 bekommt. (Mensch, war das ein Fest letzten Donnerstag!!) Quatsch beiseite.
Im Mittelpunkt dieses Heftes steht die "leidige" Ostdiskussion. Abzusehen ist, daß dies nicht der letzte Schwerpunkt zum Thema ist, denn selbst unter uns schwanken die Meinungen der Zonis zum Thema zwischen den Positionen "Volksbefreiung" und "gähn". Die Autorinnen und Autoren der einzelnen Texte legen allerdings Wert darauf, daß es sich bei ihren Beiträgen nicht um Manifeste handelt, sonderm um Beiträge zu einer Diskussion. Wenn es der einen oder dem anderen von Euch aber auch so geht, wie einzelnen Mitgliedern der Redaktion, können wir auf viele interessante und engagierte Wortmeldungen hoffen. Andernfalls haben wir mit unserem Schwerpunkt trotz des 3.Oktobers daneben gegriffen.
Am Anfang des Heftes findet Ihr die aktuellen Sachen. Zu allererst natürlich Potsdam. Zunächsteinmal schwesterlich/brüderliche Grüße an die KämpferInnen der letzten Woche, verbunden mit der Hoffnung, den erkämpften Freiraum durch Dogmatismus nicht gleich wieder leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Wenn weitere Unterstützung - welcher Art auch immer - nötig ist, sollte mensch mal Laut geben. Außerdem dokumentieren wir den Aufruf zur Antifa-Demo in Salzwedel, obwohl das Teil schon gelaufen ist. Das in dieser Ecke der Altmark die Luft brennt was Faschos angeht, habt Ihr ja vielleicht schon aus den Berichten aus Klötze in vergangenen Nummern mitbekommen. Wir würden uns freuen, wenn wir demnächst auch einen Bericht über den Verlauf dieser Demo abdrucken könnten. (In diesem Zusammenhang an alle: Redaktionszeiten beachten!!!!)
Durch den Rest müsst Ihr Euch selber durchwühlen. Zum guten Ende noch eine Anmerkung der HerstellerInnen: Wenn Ihr dauernd über das Layout meckert, könnt Ihr Euch nächstens auch mal an die eigene Nase fassen: fast alle haben irgendwie son blöden Computer, aber kaum einer weiß offenbar, daß es selbst im WORD ein paar Möglichkeiten zum Gestalten gibt. Lest doch bitte (!) die Handbücher.

Gruß und Kuß. Eure BZ'ler





INHALT

AKTUELLES

INTERNATIONALES

SCHWERPUNKT

Redaktionsadresse: Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin

V.i.S.d.P.: Hildegard Hamm-Üntrop

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

HERAUSGEBERINNEN: Axel-Nawrocki-Solikommitee

PRESSEERKLÄRUNG Potsdam, 16.09.93

WIR BLEIBEN IN DER FABRIK POTSDAM !

Erklärung der Alt- und NeubesetzerInnen der "Tanzfabrik Potsdam"

Wir bleiben in der Fabrik Gutenbergstr. 105, weil wir arm sind, uns aber nicht als weniger wertvolle Mitglieder der Menschheit betrachten. Gerade unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen wird Armut mit Dummheit gleichgesetzt. Das heißt im Klartext, wer Geld hat und Güter, ist gleichzeitig klug und zur Führung berufen, zur Macht. Die allgemeine Auffassung Vieler ist es leider in diesem System, Kapital mit Wissen und Macht zu verbinden. Dieses berechtigt den Reichen, den Armen zu entmündigen, ihn zu führen. Mit dieser Lebensphilosophie sind wir, die Besetzer des Objektes 104/105 und aller anderen Objekte nicht einverstanden! Wir geben uns nicht damit zufrieden, als Arme vom Staat Almosen zu empfangen, die sich nur in einer niederen Mitleidsgeste - Arbeitslosengeld, Sozialhilfe - ausdrücken. Es geht eher darum, eigene Lebensformen und Lernformen innerhalb dieser Gesellschaft zu erstreiten. Dafür verlangen wir nichts außer Raum zum Wohnen, Arbeiten, Lieben, Feiern und Streiten. Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Leider stellen sich diese Grundbedürfnisse aber als Luxusgüter in der kapitalistischen Bundesrepublik heraus, womit sich der Kreislauf schließt. Nur mit Geld hast DU ein Anrecht auf ein normales, glückliches Leben. Wer keines besitzt, ist ein Versager und minderes Mitglied. Diese Auffassung sitzt so tief in den Köpfen der Menschen, daß sie mit allen Mitteln versuchen, an Kapital zu gelangen, um sich Glück zu erkaufen. Dabei geht der Blick für Alternativen verloren.

Die Fabrik in der Gutenbergstraße und all die anderen besetzten Häuser in Potsdam sind nun aber der reale praktische Beweis, daß es diese Alternativen innerhalb dieses Systems gibt. Seit drei Jahren ist Hausbesetzung ein fester Bestandteil des Potsdamer Stadtlebens. Und trotz ständiger Unsicherheiten wurde in den Häusern und Objekten praktisch und geistig weitergearbeitet. Allen voran die Tanzfabrik in der Gutenbergstraße 105. Welchem kulturinteressierten Potsdamer sind sie nicht bekannt, die Tanztage der Fabrik. Ein einmaliges Ereignis, welches in Deutschland seinesgleichen sucht. Ausgearbeitet und durchgeführt. von Armen - Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern. Vor diesen Aktivitäten konnte sich selbst die Stadtführung nicht verschließen. Der gegründete Verein "Fabrik e.V." erhielt die erste Projektförderung Mitte 1991. Im Gegensatz zu kommerziellen Kulturstätten, die einen sinnlosen Personalkostenaufwand betreiben, wurden die erhaltenen Gelder ausschließlich zur Subvention der Veranstaltungen genutzt. Das Niveau der Veranstaltungen überbot und überbietet bei weitem ähnliche Veranstaltungen anderer Potsdamer Kultureinrichtungen zu erschwinglichen Preisen. Das Erleben von Fabrikveranstaltungen wird somit allen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation zugänglich.

Beispiel: Kostet ein Konzertbesuch im Lindenpark bis zu 25,- DM, bleiben die Eintrittspreise der Fabrik konstant bei 8,- DM. Somit erfüllen wir nichts weiter als einen Artikel des Grundgesetzes auf freie Entfaltung. Das heißt, Bildung und Unterhaltung wurden für die Bevölkerung zugänglich! Darum soll die Fabrik sinnlosen, unkreativen, stupiden KOnsumprojekten einer kapitalistischen, auf Profit orientierten Großfirma "RENTACO" weichen. Eine fressende und scheißende Herde dummer Schafe läßt sich leichter führen und weiter verblöden als Gruppen selbstdenkender Persönlichkeiten.

Wozu, so fragen wir uns bei dem Gedanken an den Mangel an Volksbildungsstätten und Kultureinrichtungen, braucht Potsdam einen weiteren Konsumtempel? Reicht nicht die Brandenburger Straße aus als "Wallfahrtsort" für nachmittägliche Einkaufsbummeleien?

Das gesamt Objekt, wovon wir nur einen kleinen Teil besetzen, wurde für viele Millionen von der RENTACO erworben. Es ist nochmals ein Kostenaufwand von vielen vielen Millionen zur Sanierung bzw. Luxussanierung notwendig. Natürlich will eine marktwirtschaftlich orientierte Firma wie RENTACO Profit herausschlagen. Welch ein Preis ein eventueller Gewerbetreibender oder Mieter für seine Räume zahlen muß, kann jeder erahnen. Finanzschwachen Menschen ist hiermit wieder ein Raum verschlossen. Somit wird wieder einmal das Grundgesetz ganz einfach ignoriert ...

WIR WEHREN UNS GEGEN DIE MACHT DES GELDES UND WERDEN DIE FABRIK NICHT AUFGEBEN!!!!!!



Am 22.9.93 fielen die Häuser Gutenbergstr. 104/105 dem Zerstörungswahn der Polizei, die im Auftrag der Rentaco AG wütete, zum Opfer. Die Rentaco ist die Tochterfirma einer finanzstarken schweizer Imobiliengruppe, die sich unter anderem des Baustadtrates Kaminski (diese Woche SPD?) bedient, um sich die Rosinen aus dem Potsdamer Imobilienkuchen herauszupicken. Nach den großkotzigen Plänen der Rentaco soll die Innenstadt von Potsdam vom lebendigen familiären Wohnkiez in einen Tummelplatz für Neureiche verwandelt werden. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht.

Die gestern zerstörten Häuser waren keineswegs leerstehende Abrißbuden, sondern Wohn- u. Lebensräume. Die Gutenbergstr. 105 beherbergte die Fabrik. Dort fanden die international hochgeschätzten Potsdamer Tanztage, Konzertveranstaltungen mit in- u.ausländischen Musikern, Filmkunstveranstaltungen und Theateraufführungen statt. Die Fabrik hat es sich immer zum Ziel gesetzt, auch Leuten mit kleinem Geldbeutel den Zugang zur Kultur zu ermöglichen. Dazu gehörte u.a. ein maximaler Eintrittspreis von 8,00 DM. Es gab und gibt in Potsdam keine Alternative zu diesem Veranstaltungsort. Die Zerstörung der Fabrik zu Gunsten eines weiteren Geldtempels konnte daher nicht kommentarlos hingenommen werden.

Aus diesem Grunde versammelten sich gestern Freunde und Besucherinnen der Fabrik zu einem friedlichen Protest. Sie setzten sich auf die Straße, um mit ihren Körpern den Eingang zur Fabrik zu schützen. Bis zu Auftauchen der von vornherein auf Konfrontation getrimmten Polizisten war alles friedlich. Ohne Vorwarnung prasselten Schlagstöcke auf die Köpfe der sitzenden (meist Frauen) nieder, Polizeihunde bissen wild um sich. Dabei kam es zu zahlreichen Knochenbrüchen, Prellungen und Bißwunden auf Seiten der Protestierenden. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß der anwesende Kulturstadtrat Eschenburg nicht ebenfalls Opfer der Polizeischläger wurde.

Augenzeugen fühlten sich durch die unglaublichen Vorgänge zurückversetzt in die Zeiten des SED-Unrechtregimes. 42 Verhaftungen waren die direkte Folge des Polizeieinsatzes. Als daraufhin auchSteine flogen, erhielt die Polizei nachträglich die Rechtfertigung für ihr maßloses Vorgehen. Im Rahmen dieses ungezügelten Ausbruchs staatlich legitimierter Brütalität ging das Haus Gutenbergstr. 105 in Flammen auf. Die "Ordnungshüter" schlugen die Wohnhäuser Gutenbergstr. 104/106 kurz und klein. Bemerkenswerter Weise betrafen die Verhaftungen ausschließlich Leute die keinen aktiven Widerstand leisteten.

Den ganzen Tag über stauten sich Wut und Haß über die sinnlosen Verhaftungen und die Gewaltorgie, wie sie Potsdam seit dem 7.10.89 nicht mehr gesehen hatte. So kam es in den frühen Abendstunden zu dem verzweifelten Versuch, die Fabrik erneut ihren Besucher/innen zugänglich zu machen. Darauf hatten die uniformierten Schläger nur eine Antwort: Menschenhatz und Schlagstockeinsatz sowie eine neuerliche Verhaftungswelle. Ob "Chaot", Passant oder auf dem Weg zur Dienststelle, alle wurden verhaftet. Dabei spielten sich Szenen ab, wie man sich von gewöhnlichen Verbrechern aber nicht von Gesetzeshütern erwartet hätte. 11-jährige Kinder wurden mit Polizeihunden gehetzt. Am liebsten waren den Polizisten wehrlose Frauen, die sie in den Einsatzfahrzeugen - teilweise nicht nur mit Worten - demütigten. Die Bilanz dieses schrecklichen Tages: Über 100 Festnahmen sowie mehrere verletzte Menschen.

Wir fordern: Den Rücktritt der Hauptverantwortlichen, Baustadtrat Kaminski und Polizeipräsident von Schwerin, Baumaterial für der Wiederbewohnbarmachung der zerstörten Häuser. Keine weitere Zerstörung von Wohn- u. Lebensraum und die Freilassung aller Inhaftierten sowie den Rückzug der Rentaco aus Potsdam.

Das wars

ViSdP
Gabi v. Tomorrow



Politische Lösung für besetzte Häuser in Potsdam

"BZ"sprach mit Potsdamer BesetzerInnen aus der Hegelallee 5 über die Räumung der Gutenbergstraße, die Geschichte der "Fabrik" und mögliche Perspektiven besetzter Häuser in Potsdam.

BZ : Erzählt doch bitte nochmal die Vorgeschichte der Wiederbesetzung der "Fabrik".

Hansi: *Die "Fabrik" wurde als Reaktion auf die Räumung der Höhenstraße wiederbesetzt. Der Vertrag für die "Tanzfabrik e.v." sollte auslaufen. Insofern war die Wiederbesetzung auch die einzige Möglichkeit die "Fabrik" als Raum für nicht - kommerzielle Kultur und Kommunikation zu erhalten. Der Zusammenhang mit der Höhenstraße war auch dadurch klar, daß beide Häuser (Höhenstraße und "Fabrik") von der Rentaco KG beansprucht wurden. Die "Fabrik" wurde schnell zum Anlaufpunkt für alle möglichen Probleme der Besetzerinnen. Es liefen Konzerte, Diskos, Info- und Videoveranstaltungen. Natürlich schwebte die Räumung immer als Damoklesschwert über uns. Verhandlungen waren nach der Räumung der Höhenstr. abgebrochen. Das Maß der Verarschungen war voll.*

BZ : Wie kam es zu den Räumungen?

Willi: *Vor ca. zwei Wochen hieß es, es liege ein Gerichtsbeschluß zur Räumung vor. Damit war ein Ultimatum bis zum 20.9. verbunden. Die Polizei wollte nochmal Rücksprache mit der Stadt halten. Diese betonte ihr Interesse "Mainzer Straße Verhältnisse" vermeiden zu wollen. Es wurden Scheinalternativen gestellt, von wegen man könne doch mit Konzerten und anderen Veranstaltungen auch in anderen Club's gastieren usw. Die Rücksprache Stadt - Polizei fand nicht statt, also hatte die Polizei freie Hand.*

BZ : Was war unter den Hausbesetzern für diese Situation abgesprochen?

Willi: *Am Dienstag gab's ein Plenum, auf dem beschlossen wurde, sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen, die "Fabrik" und die ebenfalls von Räumung bedrohte Gutenberg 27 zu blockieren und nur im Notfall zur Militanz zu greifen. Auch wurden noch Hoffnungen auf eine Unterschriftensammlung, bei der immerhin fast tausend zusammengekommen waren, gesetzt.*

Hansi: *Am 22.9. rückte dann gegen 8:45 Uhr ein Streifenwagen vor der Gutenberg 27 an. In Begleitung der grünen Männchen befanden sich Handwerker welche erklärten, sie würden jetzt Strom und Wasserleitungen zur 27 kappen. Sie wurden nicht durchgelassen und es entspann sich eine Diskussion. Während dessen rückte die Polizei mit Wannen vor der Fabrik an. Vor der "Fabrik" formierte sich die abgesprochene Blockade, worauf sich die Polizei*



kurz zurückzog, um dann in voller Ausrüstung anzugreifen. Schlagstock und chemische Keule kamen zum Einsatz, genauso wie Schläge und Tritte. Von den Verhaftungen an sich mal ganz zu schweigen. Die Polizei hat sich Sachen erlaubt, das erinnert stark an Polizeimaßnahmen von 1989 in Potsdam und Berlin.

Wie es zu dem Brand in der "Fabrik" kommen konnte ist uns noch nicht ganz klar. Es gibt auch unter den BesetzerInnen verschiedene Ansichten darüber. Interessant ist allerdings in diesem Zusammenhang das die Polizei die Zufahrt zur Gutenbergstraße auch für die Löscharbeiten sperrte.

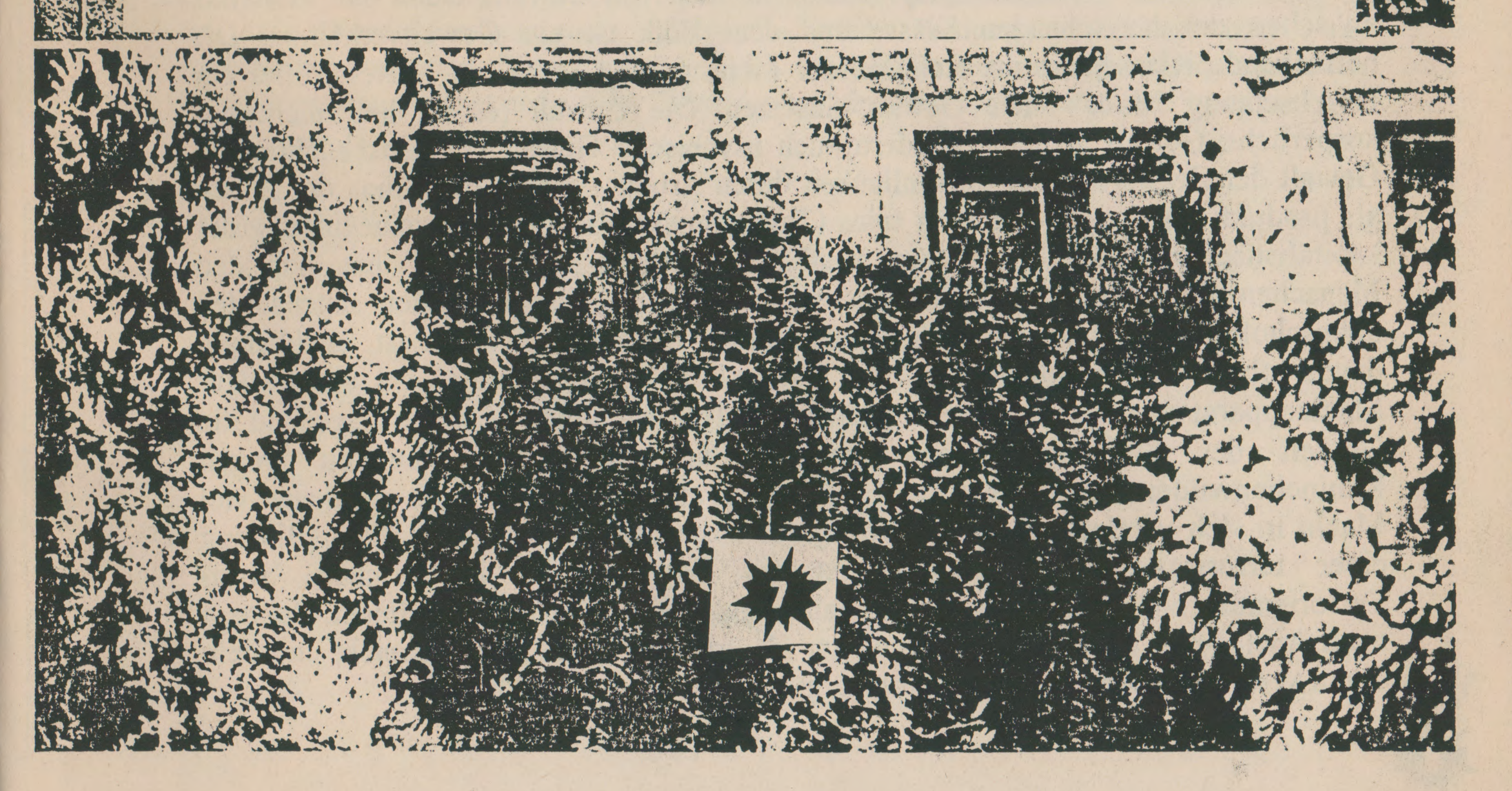
BZ: Und die Schlußfolgerungen......?

Willi: *Wir haben jetzt die Hegelallee 5 besetzt. Auch ist die Zusage da, das nicht sofort wieder geräumt wird. Wir wollen hier keine Szene interne Geschichte, sondern erstmal den Raum wieder aufmachen für die Diskussionen über Besetzungen, über die anstehende Umstrukturierung im Gefolge des Hauptstadtheaters und sozialen Probleme Potsdams. Dafür wollen wir dieses Haus als eine Art Begegnungszentrum. Wir brauchen ein Konzept und eine Projektierung, natürlich.... aber wir lassen uns vom Magistrat auch nicht für dumm verkaufen.*

BZ: Welche Dinge stehen für euch ganz oben auf der Forderungsliste?

Hansi: *Da ist für uns einmal: keine weiteren Räumungen, Einstellung der Ermittlungsverfahren, Begleichung der Sachschäden, vorurteilsfreie Untersuchung des Polizeieinsatzes, Suspendierung des zuständigen Einsatzleiters und der Rücktritt von Baustadtrat Kaminski. In der Perspektive brauchen wir eine politische Lösung für alle besetzten Häuser in Potsdam.*

BZ: Wir bedanken uns für dieses Gespräch.



Die Demo als solches ist mehr oder weniger ein erster zaghafter Versuch auf die Repressionen von Polizei und Justiz zu reagieren. Repression ist nicht nur die Addition von Maßnahmen gegen den antifaschistischen Widerstand durch Hausdurchsuchungen (21 in Salzwedel und Umgebung), ständige Vorladungen, Einschleusen von V-Leuten und ED-Behandlungen mit dem Ziel der Einschüchterung der Leute und Kriminalisierung der Gruppe, sondern ist mit schwerwiegenden politischen Konsequenzen für die gesamte radikalere (ehrlich) Opposition in der BRD verbunden. Dieser Staat, da er Waffen baut, ist grundsätzlich gewaltbereit. Gegen Gewalt als solches hat er **nichts**. Allein gegen jede Störung seines Gewaltmonopols, gegen jeden Widerstand. Wir, die wir von einer freiheitlichen Gesellschaft ohne diesen ständigen Leistungszwang träumen, wollen versuchen in der Demo ein Stück unserer Ziele rüberzubringen, ohne diese für uns bittere Realität aus den Augen zu lassen und zu unterschätzen. Aus diesem Grund wird am Anfang des Demozuges ein ausgerüsteter schwarzer Block gehen. Der schwarze Block ist Ergebniss der Masse an Erfahrung die mensch auf Demos ausgesetzt ist. Vermummung drückt Realitätsnähe aus, nicht als "Chaot" in den Archiven der Nazis und der Polizei zu enden. Wir wollen ausdrücklich keine Auseiandersetzung mit der Polizei. Wir werden uns aber nicht daran hindern lassen, die Demonstration so durchzuführen, wie wir sie uns vorstellen. Dieser Staat verbietet Abtreibung, versucht generalstabsmäßig und mit bürokratischer Genauigkeit Streiks und Bürgerinitiativen zu zerstören, setzt Millionen von Menschen auf die Sraße bei gleichzeitiger Forderung nach Erhöhung der Produktivität "des Restes" der ArbeiterInnen(MenschMaschine) und nennt dies wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Stabilität. Wir dagegen setzen auf die Überwindung der Schichten und Klassen, Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, als Ausdruck der Ausbeutungsmacht des Menschen über den Menschen bei gleichzeitigem Aufbau einer hochtechnisierten Produktionsweise nach Gesichtspunkten der Bedürfnisproduktion. Warum wird von Repression gesprochen und nicht von Gewalt? Denn das Verhätnis zwischen der herrschenden Klasse und dem Volk ist ein Gewaltverhältnis. Die herrschende Klasse, die die Religion der Liebe predigt, kann als letztes Mittel zur Durchsetzung "ihrer" Ziele Gewalt einsetzen. Die Gewalt (es ist hier nicht nur körperliche Gewalt gemeint, sondern auch psychische Gewalt der Einschüchterung, Gewalt der Zerstörung der Persönlichkeit durch Arbeit- Verlust des Sinns der Arbeit als produktiven Prozess des tätig seins (Taylorismus)[1] ist die Existenzbedingung der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre staatliche "Vorbeugungstätigkeit" hat sich den Menschen als potentiellen Sicherheitsrisiko ausgesucht, also auch den sogenannten unbescholtenen Bürger, der noch keiner Straftat verdächtigt worden ist, unabhängig davon ob er das glauben mag oder nicht. Der Polizeiapparat wird als riesiger Machtapparat ausgebaut mit vielen gefächerten Teilstrukturen, die in der Lage sind die Uhrzeit des Stulgangs deines Hamsters zu offenbaren, wenn du wegen Kaninchenwilderei vor Gericht stehst. Er fungiert als Staat im Staat, der ungeheuer viel Macht in sich vereint und diese auch rigoros ausnutzt. Der Paragraph 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) ist ein Ergebnis der hysterischen "Anti-Terrorismuspropaganda" in den 70iger Jahren gegen linke HausbesetzerInnen. Bei dem nach Auslegung, allein die Gesinnung zur Verurteilung nach 129a ausreicht und dem damit verbundenen Menschenrechtsentzug; der sich wie folgt äußert:

- ED-Behandlung
- Überwachung des Fernmeldeverkehrs
- Beschränkung der Rechte der Verteidigung (Postkontrolle, Mehrfachverteidigungsverbot und Ausschließungsverfahren)
- Sonderzuständigkeit der Oberlandesgerichte
- besondere Haftbedingungen (Iso-Haft, Kontaktsperre und und und)
- Einschränkung von Besuch und Postverkehr

Dieser Paragraph dient einzig und allein "ungeliebte" Menschen auszuspionieren; das Innere (das Ich) des Menschen ans Licht zu fördern und eine transparente Hülle übrig zu lassen, da es in den seltensten Fällen zu Verurteilungen nach ihm kam. Genauso paradox wie der Paragraph selbst ist der praktische Umgang mit ihm. Es scheint ein "linker" Teroristenparagraph zu sein. Richter bundesdeutscher Oberlandesgerichte sind bemüht, linke Gruppen aller Art zu terroristischen Vereinigungen hochzusterilisieren. Dem gegenüber argumentieren sie phantasievoll damit der 129a nicht auf Attentäter aus neonazistischen Organisationen und militanten Rechtsextremisten angewendet werden muß. (siehe z.B. Wehrsportgruppe Hoffmann, Kommando Omega und ANS/NA des an AIDS verstorbenen Michael Kühnens) Denn: "**...es gibt keine national und international vernetzten rechtsextremen militanten Strukturen. Rechte Attentate werden von Einzeltätern verübt.**" Das ist das Credo dem sich alle widerstandslos anschließen...

Darum:

Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!
Für eine starke antifaschistische Demonstration!
Nie wieder Deutschland!

ANTIFA Salzwedel

[1] Taylorismus: eine um 1910 von F.W. Taylor begründete "wissenschaftliche Betriebsführung ", die die Produktionskompetenz (Kenntnis- und Fertigungsenteignung über die Arbeitszusammenhänge- "Freisetzung" von den Inhalten der eigenen Arbeitsvorgänge) dem Produzierenden enteignet und auf der Ebene des betrieblichen Managements neu organisiert



Andreas Speit

Doitscher Alltag in Wernigerode

Es ist in diesem Land mittlerweile nichts Neues oder gar Verwunderliches, zu sehen, wenn und wie die Polizei und der gesamte Staatsapparat gegen rassistische und faschistische Aktivitäten vorgeht. Antifaschistische Aktivitäten werden zu unterbinden versucht. Und wenn dies nicht gelingt, wird versucht, die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren. Fulda hatte zahlreiche Vorläufer, einer war in Ilsenburg bei Wernigerode.

Unter dem Motto: 'Schluß mit der Kuschelpolitik des Staates - Widerstand gegen faschistische Zentren' war für den 17. Juli '93 in Ilsenburg eine Demonstration angekündigt worden. Intention der Demonstration war, auf die rassistisch motivierten Anschläge und neofaschistischen Aktivitäten in der Region Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode aufmerksam zu machen und dem Herangehen der Stadtverwaltungen an das 'Problem Gewalt' eine Absage zu erteilen. Gründe für die Demonstration gab es und gibt es genügend.

Im November '92 griffen 100 Neonazis mit Molotowcocktails und Steinen unter dem Beifall von über 500 Bürgerinnen und Bürgern vier Tage lang, vom 7.-11.9., in Quedlinburg ein Flüchtlingsheim an. Knapp einen Monat später, am 17.10., überfielen 14 'rechtsgerichtete' Jugendliche ein Flüchtlingsheim in Thale (nahe Quedlinburg) und versuchten, drei vietnamesische Frauen zu vergewaltigen. Beide Vorfälle gingen groß durch die Presse. Es war die Zeit der Lichterketten. Doch so schnell, wie die Kerzen erloschen, so schnell erlosch auch das Interesse an diesen und ähnlichen Geschehnissen. Es gab zwar 26 Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit den genannten Vorfällen. Mehrere Waffen, wie aufgebohrte Schreckschußpistolen, Schlagstöcke, Schlagringe etc. und Materialien / Broschüren von neofaschistischen Gruppen sowie Hakenkreuz- und Reichskriegsflaggen wurden sichergestellt. Von einem juristischen Nachspiel war jedoch nichts mehr zu bemerken. Ein politisches Klima, in dem sich neofaschistische Gruppen und Parteien besonders wohl fühlen.

Am 26. Februar '93 nahmen ca. 200 Personen die Einladung der neofaschistischen FAP ins Kreiskulturhaus Wernigerode, angemietet bei der Stadt über einen Strohmann, wahr. Geleitet wurde die (Werbe-)Veranstaltung vom niedersächsischen Parteivorsitzenden der FAP, **Thorsten Heise**. (Mittlerweile wird die Stärke der FAP zwischen 60 und 80 Personen in der Region geschätzt.) Im Vorfeld der Veranstaltung wurde eine Disco von Neonazis angegriffen. Doch die FAP redet nicht nur und macht Aktionen, sondern sie kümmert sich auch um die Kultur für ihre neuen Mitglieder. In der Gaststätte „Salzbergtal" fand am 26. April '93 ein Konzert mit zwei Faschobands und ca. 600 TeilnehmerInnen statt. Der am Anschluß geplante Angriff auf das ehemalige alternative Jugendzentrum „Schlachthof" wurde in letzter Minute von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert. Im selben Monat überfielen die Neonazis eine schwangere Vietnamesin, welche ärztlich behandelt werden mußte.

Nun sahen sich auch die Stadtväter und -mütter genötigt, zu handeln; und sie handelten. Zuvor stellten sie wohl fest, daß Rassismus und Neofaschismus irgendwie hauptsächlich und ursächlich ein Jugendproblem sei. Denn sie taten, war zur Zeit alle tun, die diese 'Erkenntnis' als 'Lösung des Problems' sehen. Sie organisierten finanzielle Mittel für ein Jugendzentrum, aus dem Topf des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) vom „Bundesministerium für Frauen und Jugend". Bundesministerin Angela Merkel skizzierte die Intention des Projektes wie folgt: „... die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisiert, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet - um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt.

In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diese Hilferufe hört und aufnimmt". Ziel ist es also, die Jugendlichen wahrzunehmen, ernst zu nehmen und „von der Straße zu holen"(0). Letzteres wurde geschafft. Ernstgenommen werden sie aber nicht. Eine Auseinandersetzung mit ihrem 'Gedankengut', mit dem, was sie denken und fühlen, findet nicht statt. Schon zur Einweihungsfeier des Jugendzentrums „Der Harzblick" in einem Neubaugebiet in Wernigerode kam das gewünschte 'Klientel'. Den Wunsch der neofaschistischen Jugendlichen, sich bei der Eröffnungsfeier mit einem kulturellen Beitrag einzubringen, wurde gern stattgegeben, und so ertönte dann ein altes Soldatenlied. Anschließend zogen sie mit Hitlergruß zu einer gegenüberliegenden Kaufhalle und sangen alte Nazilieder. Die anwesenden Stadthonorationen waren sprachlos und verschwanden leise. Diese Sprachlosigkeit ist geblieben. Einige Mitarbeiter der Jugendpflege klagen schon seit Bestehen des Zentrums ein Gespräch mit der Stadtverwaltung ein, um eine pädagogische Konzeption zu erarbeiten. Doch diese fehlt bis heute. So konnte sich das Jugendzentrum zu einem Dreh- und Angelpunkt für die neofaschistische Bewegung in der Region etablieren. Ohne laufende Kosten wurden bisher 90.000 DM für den Kauf des Gebäudes und ca. 80.000 DM zur Renovierung ausgegeben. Die Bereitstellung von Räumen ohne pädagogische Konzeptionen reicht eben nicht.

Und wenn keine Inhalte geboten werden, man/frau froh ist, daß 'irgendwie Ruhe' ist, dann bieten andere Inhalte und Aktionen an. Fast jedes Wochenende bekommen die Jugendlichen Besuch von **Bernd Kiefer**, FAP-Mitglied aus Goslar, der vor der 'Wende' in Wernigerode lebte. Zweimal konnte auch der Besuch von Thorsten Heise beobachtet werden. Nach Aussagen von Jugendlichen besucht außer 'rechtsangehauchten' Jugendlichen niemand mehr das Zentrum. Ebenso konnte beobachtet werden, daß ausgehend vom Harzblick die anderen drei Jugendtreffs in Wernigerode besucht und gezielt Jugendliche angesprochen wurden (1). Insbesondere die FAP versorgt sie mit Material und Infos. Desöfteren war zu sehen, wie die angesprochenen Jugendlichen gemeinsam mit Personen aus dem FAP-Umfeld wegfuhren.

Doch dieses eine Zentrum scheint der FAP nicht zu reichen. Laut Aussagen aus den eigenen Reihen der FAP verhandeln sie mit der Stadt Wernigerode um ein eigenes Haus. Der Stadtverwaltung und dem Liegenschaftsamt liegt zwar bisher keine offizielle Anfrage vor, die Pressesprecherin der Stadt Wernigerode räumte aber ein, daß die FAP es über einen Strohmann versuchen könnte. Hierfür liegen bisher aber noch keine Erkenntnisse vor (2). In diesem Sinne äußerte sich auch der stellvertretende Bürgermeister Andreas Heinrich, Bündnis 90/Grüne auf eine Anfrage von AntifaschistInnen aus Quedlinburg (3).

Daß sich die FAP diese Region als ein Zentrum ihres Wirkens herausgesucht hat, macht sie auch damit deutlich, daß sie für den 11. Juli in Wernigerode einen 'Parteitag' (Kameradschaftsabend trifft es wohl genauer) angemeldet hatte. Wegen einem allgemeinen Versammlungsverbot, verfügt vom Landkreis, und der Präsenz der Polizei fand dieses Treffen in Wernigerode nicht statt. Unter dem 'Schutz' der Polizei konnten die Gäste der Veranstaltung auf die 'Raststätte Seesen' ausweichen, und dort ungestört tagen.

Einer der traurigen Höhepunkte der neofaschistischen Aktivitäten in der Region, der auch den konkreten Anlaß für die Demonstration am 17. Juli gab, waren die Geschehnisse in Ilsenburg (ca. 10 km von Wernigerode entfernt) am Abend vor dem geplanten Parteitag der FAP. In der Nacht vom 10. zum 11. Juli überfielen etwa 30 Neonazis aus Wernigerode, Hildesheim und Goslar zwei Jugendliche, welche mit dem Fahrrad unterwegs waren.

Mit Baseballschlägern, Steinen und Stiefeltritten verletzten sie eines der Opfer lebensgefährlich. Der 19 Jährige erlitt eine Schädelfraktur, die zu einer halbseitigen Lähmung des Gehirns führte. Erst am darauffolgenden Sonntag war er außer Lebensgefahr. Das andere Opfer erlitt mehrere Knochenbrüche. Als herbeieilende Feuerwehrmänner den Opfern helfen wollten, wurden sie von den Neonazis angegriffen. Ein Feuerwehrmann erlitt einen Herzanfall. Wahrscheinlich wurde wegen diesem Vorfall die FAP-Veranstaltung verboten.

Der gesamte Tatvorgang wurde von einem



Neonazi mit der Videokamera ... einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei das Videoband sicher. Mehr passierte jedoch nicht. Das Kommissariat 7 in Halberstadt hat nach eigenen Auskünften 'einige' Vernehmungen durchgeführt. Was dann aber geschieht und wann etwas passiert, konnte nicht gesagt werden.

Wesentlich schneller griff die Polizei und der Staatsapparat gegen die antifaschistische Demonstration in Ilsenburg ein. Diese wurde kurzerhand verboten. Warum, ist bisher immer noch nicht geklärt. Für den gesamten Landkreis galt: - keine Antifa-Demo. Im Vorfeld und gleich zu Beginn der Demonstration machte die Polizei dies auch deutlich. 'Verdächtig' aussehende Personen wurden im gesamten Landkreis aus den Autos geholt. Ca. 150 Personen sollen in den Kontrollen hängengeblieben sein.

Etwa 200 Demonstranten gelang es, durch die Vorkontrollen zu kommen. Gleich zu Beginn der Kundgebung kesselte die Polizei sie ein. Der Einsatzleiter der Polizei ließ keine Zweifel daran, daß seine Beamten keine Demonstration bzw. Kundgebung zulassen und gegebenenfalls diese auflösen würden. Die Gesprächsbereitschaft der Demonstrationsleitung beantwortete die Polizei damit, daß sie den Kessel enger zogen. Um die Situation nicht weiter aufzuheizen, löste sich die Kundgebung auf und fuhr als Konvoi nach Wernigerode. Dort konnte unter starkem Polizeiaufgebot eine kurze Spontandemo stattfinden. Über 500 Polizisten mit entsprechender Rüstung und der 'notwendigen' Technik (Hubschrauber etc.) waren laut Wernigeröder Zeitung im Einsatz (4).

Gegen das Verbot der Demonstration haben die VeranstalterInnen am 19. Juli beim Landrat des Landkreises Wernigerode Widerspruch eingelegt. Bisher hat der Landrat nicht reagiert.

„Wernigerode ist eine Stadt des Friedens, die sich gegen jegliche Form von Gewalt, egal ob von links oder rechts, verwehre", betonte die Pressesprecherin der Stadt. Sorgen um Ruhe und Ordnung machen sie sich aber doch. Aber: „Sie habe vollstes Vertrauen zu ihren Sicherheitskräften" (5). Worüber sie sich keine Sorgen machen müssen, ist, daß sie von irgendeiner höheren Dienststelle wegen ihrer 'Befriedungspolitik' Ärger bekommen könnten. Ganz im Gegenteil, da liegen sie voll im Trend - den Neofaschisten Raum und Räumlichkeiten geben, die AntifaschistInnen konsequent bekämpfen.

So sei zum Schluß erwähnt, daß auch die NPD sich in diesem Klima etablieren konnte, und auch Rudolf Krause bei einem Treffen der Republikaner im „Ratskeller" in Quedlinburg in Aktion trat. Wen wunderts?

Anmerkungen:
(0) zitiert nach: 'Antifa-Info' Nr. 21, März/April 1993
(1) in der 'Jungen Welt', 20. Juli 1993, 'Protest trotz Verbot' schreibt Anette Schneider, daß die Stadt Wernigerode vier rechte Jugendklubs finanziert. Nach Infos aus der Kreisjugendpflege Wernigerode und der Antifa konnte dies so nicht belegt werden. Belegt ist, daß sie alle Kontakt zur Neofa-Szene haben (siehe wie im Text)
(2) zitiert nach einem Telefonat mit der Pressesprecherin vom 19. August '93
(3) siehe auch: Harzer Volksstimme Wernigerode, 18. Juli '93
(4) Wernigeröder Zeitung, 19. Juli '93
(5) siehe: (2)

Termine

Für den 2. 10. ist in Wernigerode eine Demonstration gegen die Kuschelpolitik des Staates geplant! Genaueres unter Tel.: 0345/29682

Anklage gegen "Nationales Infotelefon"

Gegen den Betreiber des Nationalen Infotelefons, Stefan Cumic aus Wiesbaden, hat die Staatsanwaltschaft Koblenz Anklage in zwei Fällen vor dem Jugendschöffengericht Mainz erhoben. Ungeachtet des eingeleiteten Strafverfahrens ist der telefonische Ansagedienst (0 61 31 /

x) jedoch auch weiterhin in Betrieb. Neben dem Anrufbeantworter, auf dem unter anderem für "Solidaritätspost" an Michael Peters, einem der Brandstifter von Mölln, geworben wird, ist jetzt auch jeden ersten Sonntag im Monat eine persönliche Kontaktaufnahme möglich. Einer Ermunterung kommt die Aussage der Staatsanwaltschaft gleich, daß "seit dem 23. Juni keine strafrechtlich relevanten Ansagetexte mehr verbreitet worden seien". Ein Freibrief, auch weiterhin zur Teilnahme an verbotenen Aufmärschen ("Rudolf-Hess-Demo" in Fulda sowie die ebenfalls verbotene Kundgebung der "Nationalen Liste" am 21. 8. in Hamburg) und zur Gewalt gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen aufzurufen ?

Als "strafrechtlich relevant" wurden von der Staatsanwaltschaft lediglich offen rassistische Angriffe gewertet, welche jedoch zeitlich noch weiter zurücklagen. Den Tatbestand der "Volksverhetzung" sieht die Staatsanwaltschaft mit einer Ansage im Juni dieses Jahres erfüllt, in der von Menschen als "Kanaken" die Rede war. Im Zusammenhang mit einem Veranstaltungshinweis zur Hitler-Feier am 17. 4. auf dem Gelände der Mainzer Gärtnerei Müller (siehe AN 9 / 93) seien weiterhin Parolen wie "Nieder mit der Roten Front" und "Sieg und Heil" gefallen, welche "dem Kampfstil der früheren NSDAP" entsprechen. Mehrfach seien Ansagen verbreitet worden, die "Propagandamittel und Parolen ehemaliger Nationalsozialistischen Organisationen verbreiteten". Dieser Begründungszusammenhang ist insofern interessant, als die Argumentation über herkömmliche Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung hinausreicht und einen Zusammenhang in der faschistischen Propaganda von NSDAP und der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) herstellt. Dieser Zusammenhang geht jedoch über die stilistische Kopie des Stürmer-Sprachstils hinaus und besteht in den politischen Zielen der GdNF selbst. Sie ist bestrebt, die Rehabilitierung und die Wiederzulassung der NSDAP zu erreichen bzw. deren Nachfolge als faschistische Sammlungsbewegung anzutreten.

Der bisherige Betreiber des Infodienstes, Stephan Cumic gehört dabei zusammen mit Michael Petri zum aktivistischen Kern der Neonazis und zu den Drahtziehern der ANTI-Antifa im Rhein-Main Gebiet. Michael Petri, ehemaliger Bundesvorsitzender der Aktionspartei nationalrevolutionärer Kameraden (ANK), eine der Nachfolgeorganisationen der verbotenen Deutschen Alternative, hat inzwischen eine weitere Partei gegründet, die sich Deutsche Nationale nennt. Stephan Cumic, der seit Mitte der 80er Jahre in der GdNF aktiv ist, brachte es '90 zum Beisitzer im Landesvorstand der hessischen FAP, wie der "Neuen Front" Nr. 76 zu entnehmen war. Nach Auflösung bzw. Umbenennung in "Deutsches Hessen" hatte er auch hier führende Positionen inne. In der "Neuen Front" Nr. 79 vom September 92 ist er auf einem Foto mit dem tödlich verunglückten Chef der Sauerländer Aktionsfront, Thomas Fink, dem Chef der Nationalen Liste Christian Worch und dem Leiter der US-Amerikanischen NSDAP / AO (hier Auslandsorganisation) Gerhard Lauck abgebildet. Unabhängig davon läuft gegen Stephan Cumic ein weiteres Ermittlungsverfahren, da er unter dem Verdacht steht, zusammen mit anderen die im Dezember verbotene Deutsche Alternative fortgeführt zu haben, indem er als als "kommunikative Schaltstelle und Informationszentrale" fungierte.

Antifaschisten und Antifaschistinnen sollten den anstehenden Prozeß genauestens verfolgen, da hier die Möglichkeit besteht, neben den personellen Verbindungen auch die programmatische Übereinstimmung von NSDAP / AO (hier Aufbauorganisation) und GdNF in Vorgehen und Zielsetzung mit dem Nationalsozialismus in die öffentliche Diskussion zu bringen.



AntifaschistInnen sorgen für vorzeitige Beendigung des NPD-Parteitages

Coppenbrügge. Die NPD konnte ihren Parteitag, dessen Ort bis zum Mittag des 18. 9. 93 geheimgehalten wurde, im niedersächsischen Cottenbrügge ungestört beginnen. Der schnellen Reaktion von Bürgerinnen und Bürgern Cottenbrügges ist es zu verdanken, daß ca. 25 NPD-Delegierte keinen Zugang mehr zum Parteitag fanden.

Im Laufe des Tages entwickelte sich eine Protestblockade vor dem Tagungsort der NPD. Insgesamt haben etwa 600, vor allem Anwohner des Ortes demonstriert. Bereits morgens um 7 Uhr hatte es eine Kundgebung mit 350 Teilnehmern in Erfurt gegeben, wo die NPD eigentlich erwartet wurde. Von dort aus fuhren ca. 200 AntifaschistInnen nach Fulda, wo dann der Ort des NPD-Parteitages gegen 12 Uhr bekannt wurde. Über 100 AntifaschistInnen, darunter 80 Mitglieder von Jugend gegen Rassismus in Europa, fuhren nach Coppenbrügge und kamen dort am frühen Abend an.

Um 21 Uhr bildeten die DemonstrantInnen vor dem Eingang des Versammlungsortes eine Gasse und forderten die Polizei auf, die NPD-Versammlung zu beenden und für den Abzug der Delegierten zu sorgen. Die Bevölkerung hatte klar deutlich gemacht, daß sie will, daß die NPD verschwindet. Durch die Bildung der Gasse beendeten die Demonstranten ihre Blockade und schafften der Polizei die Möglichkeit, die NPD-Delegierten aus dem Saal zu geleiten. Trotz vorher signalisiertem Einverständnis ging die Einsatzleitung der Polizei nicht darauf ein, sondern ließ die DemonstrantInnen gegen 22 Uhr durch massiven Polizeieinsatz vom Platz vor dem Versammlungsgebäude wegdrängen. DemonstrantInnen wurden mit Knüppeln auf den Kopf und in den Unterleib geschagen sowie getreten. Fünf DemonstrantInnen erlitten Kopfverletzungen, zwei Verletzungen am Knie. Einer der am Kopf Verletzten mußte im Hamelner Krankenhaus ambulat behandelt werden. Festzuhalten ist:

1. Jegliche Gewalt und Eskalation ging von der Polizei aus.

2. Das Angebot der Demonstration, den Abzug der Delegierten durch die von ihnen gebildete Gasse zuzulassen, wurde von der Einsatzleitung der Polzei (namentlich Herr Bodemann) mit einem polizeilichen Angriff auf die Demonstration beantwortet.

3. Trotz der Tatsache, daß die NPD ihren Parteitag durchführen konnte, haben die BürgerInnen Coppenbrügges und die angereisten AntifaschistInnen einen Erfolg erzielt:

- Die NPD war gezwungen, ihren Parteitag unter konspirativen Bedingungen vorzubereiten und durchzuführen.

- Sie mußte ihren ursprünglich für zwei Tage geplanten Parteitag auf einen Tag reduzieren.

- Sie mußte selbst die verkürzte Tagung frühzeitig beenden.

4. Die Ankündigung einer Demonstration der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Fulda war nichts als ein Ablenkungsmanöver zur Flankierung des NPD-Parteitags.

Zweiter antirassistischer Ratschlag in Thüringen

Erfurt. Am 6. November wird im Haus der Gewerkschaften Erfurt der 2. Antirassistische Ratschlag stattfinden. In der Woche vorher, vom 30. 10. an sind alle antifaschistischen Gruppen aufgerufen, örtliche Veranstaltungen durchzuführen. Die Auftaktveranstaltung am 30. 10., 19 Uhr, findet ebenfalls im Haus der Gewerkschaften Erfurt statt. Thema: Antifaschistischer Widerstand aktuell - Grenzen des friedlichen Widerstands. Ein Streitgespräch mit A. Schuster, Stellvertr. Vorsitzender der GdP; Joachim Rößler, Autonome; FAntifa; Ralph Giordano (angefragt).

Der Ratschlag am 6. 11. beginnt mit einem Antifa-Demo-Mahn-Spaziergang um 10 Uhr, ab 13 Uhr dann Infobörse und Diskussionsforen:

- Flüchtlingsland Deutschland - warum sie kommen / wie sie leben

- Staatlicher Rassismus - staatliche Repression gegen Antirassisten

- Rassismus in den Medien

- Rassisten im Parlament

- Rassismus in den Schulen

- Rassismus in der Alltagssprache

- Antifaschistischer Widerstand in Vergangenheit und Gegenwart - vom Rotfrontkämpferbund / Reichsbanner zur Antifa heute

- Deutscher Rassismus im 20. Jahrhundert - Positionen, Probleme, Polemiken

Informationen über Angelo Lucifero, Haus der Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel. : 0361 / 6738293

Steffen Heitmann: Nazi-Vergangenheit enttabuisieren

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung hat Steffen Heitmann, Kohls Wunschkandidat für das Amt des Bundespräsidenten, eine Enttabuisierung bestimmter Themen gefordert, wörtlich: "Dazu gehört das Thema Ausländer, dazu gehört das Thema Vergangenheit Deutschlands, die Nazi-Vergangenheit, dazu gehört das Thema Frauen." Und an anderer Stelle: "Die deutsche Nachkriegssonderrolle war ja in gewisser Weise eine Fortsetzung der angemaßten Sonerrolle der Nazi-Zeit. Das ist zu Ende." Empört erklärte dazu Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland: "Ein Bundespräsident muß dem Volk Geschichtsbewußtsein und wichtige Gedanken vorgeben, also von sich aus den richtigen Weg aufzeigen. Herr Heitmann spricht aber eher das nach, von dem er glaubt, daß viele im Volk so denken ... Heitmanns Äußerungen sind geeignet, den rechtsradikalen neue Argumente zu liefern. Da hilft es wenig, wenn Herr Heitmann sagt, daß er sich nicht wohl fühle, wenn er in eine bestimmte Ecke gestellt wird. Falls er sich da wirklich nicht wohl fühlt, möge er doch sehen, wie er herauskommt." (BamS v. 19. 9.) Nach der Demontage des Asylrechts, der Legalisierung von Einsätzen der Bundeswehr in aller Welt, dem stramm rechten neuen Innenminister Kanther jetzt ein Bundespräsidentschaftskandidat, der offenbar richtig findet, was faschistische Organisationen und ihre Presseorgane seit Jahren fordern, eine Revision der Geschichte. Man kann davon ausgehen, daß Herr Heitmann als Justizminister weiß, wovon er redet.



WAGENBURG HEIDELBERG

HEIDELBERG: GEMEINDERAT GEGEN OBERBÜRGERMEISTERIN

Wagenburg »Hoppetosse« stand kurz vor der Räumung…

Die Wagenburg »Hoppetosse« hat ihren Standort auf einem brachliegenden landeseigenen Gelände, das im Frühjahr 1991 die BewohnerInnen mit ihren Bauwägen besetzten. Zugleich stellten sie einen Antrag an die Stadt, ihnen Gelände zum pachten zur Verfügung zu stellen. Das Land Baden-Württemberg verlangt die Räumung des Geländes von der Oberbürgermeisterin, die laut Gemeindeordnung auch oberste Polizeibefugnis hat. Die Oberbürgermeisterin Beate Weber (SPD) fordert mehr Toleranz gegenüber alternativen Lebensformen und die Genehmigung eines Dauerstandplatzes auf einem städtischen Grundstück. Der Streit um die Wagenburg geht quer durch die Gemeinderatsfraktionen und Bevölkerung. Wir dokumentieren das Plädoyer der Oberbürgermeisterin für die Wagenburg (siehe Kasten) und Stimmen aus der letzten Gemeinderatssitzung, auf der eine Abstimmungsniederlage der BefürworterInnen nur durch die Verweisung in den Hauptausschuß verhindert werden konnte.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg. Auf Vorschlag der Stadtverwaltung Heidelberg soll auf einem eigenen Grundstück ein fester Standplatz für Dauerwohnwagen angelegt werden, auf dem dann 21 Bau- und Zirkuswagen der Wagenburg »Hoppetosse« ihren festen Standort finden. Die anfallenden Einrichtungskosten müßten von der Wagenburg getragen werden.

Vier Frauen, sieben Kinder und 24 Männer gehören zu der Wagenburg, informierte OB Beate Weber den Gemeinderat und forderte dazu auf, den Standplatz zu billigen.

Der Gemeinderat solle also eine »illegal zustandegekommene Siedlung« billigen, meinte CDU-Stadtrat Werner Pfisterer. Aber nicht mit den Stimmen der CDU-Fraktion. Hier sollen nämlich »Aussteiger« mit dem Geld der Stadt finanziert werden. Und das sei nicht richtig. Übrigens gebe es für alle Bürger die gleichen Rechte und Pflichten. Die »wilde Wagenburg« müsse geräumt werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion Antje Kamp-Kondor forderte einen Langzeitcampingplatz, der von einem potentiellen Betreiber übernommen werden sollte, wie beispielsweise vom Caritas-Verband. Dieser sollte auch den Antrag auf Genehmigung dieses Platzes stellen. Nach zweieinhalbjähriger Diskussion sollte endlich eine konsensfähige Lösung gefunden werden, persönlich sei sie aber gegen den Vorschlag der Stadtverwaltung.

Der Gemeinderat sei in der Pflicht, dem Vorschlag der Stadtverwaltung zuzustimmen, um den BewohnerInnen der Wagenburg das Recht auf ein Zusammenleben zu ermöglichen, so GAL-Stadtrat Christoph Nestor, der auch folgenden Antrag einbrachte: »…das gemeindliche Einvernehmen zu einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zum Zweck der Aufstellung von Mobil Homes zu erteilen«.

Diese Angelegenheit hätte schon früher erledigt werden sollen, sagte FWV-Stadtrat Dieter Frauenfeld. Das Argument, die Leute wollten in der Natur leben, ziehe nicht. Was solle dort noch Natur sein. Diese Leute hätten alles kaputt gemacht und aus eigener Initiative nichts getan. Er habe in der jetzigen Wagenburg 44 Wagen gezählt und wenn auf dem geplanten Standort nur 21 untergebracht werden können, stelle sich die Frage, was mit den restlichen Wagen passiere. Die FWV werde der Vorlage der Stadt nicht zustimmen.

Auch die FDP werde das Vorhaben nicht billigen, das Grundstück gehöre zum Gewerbegebiet und könne deshalb nicht als Wohnwagenstandplatz ausgewiesen werden, so Stadträtin Helga Bräutigam. Die FDP wolle allerdings bei der Suche nach Übergangsmöglichkeiten mithelfen.

Zu dem Vorschlag der Stadtverwaltung gebe es keine Alternative, meinte die GAL-Fraktionsvorsitzende Caja Thimm. Und GAL-Stadtrat Dietrich Hildebrandt vertrat die Meinung, daß die Stadt in der Pflicht sei, der Wagenburg einen Platz zur Verfügung zu stellen, wo die BewohnerInnen nach ihren Vorstellungen leben können.

Wer sich andere Lebensnormen wählt, der müsse sie auch finanzieren können, meinte Republikaner-Stadtrat Beck und schlug vor, den Leuten städtische Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Kai Seehase (SPD) sah eine Entlastung des Wohnungsmarktes durch die Einrichtung eines festen Standorts. Als Versuch der Verrechtlichung der Situation der Wagenburg wertete sein Fraktionskollege Dr. Wolfgang Huber den Vorschlag der Stadt. Der »besonderen Lebensform mit Hilfe der Stadt« erteilte SPD-Stadträtin Christiane Schmidt-Sielaff eine Absage und man könne hier nicht von einem Problem im Zusammenhang mit der Wohnungsnot sprechen. Die Wagenburg-BewohnerInnen sollten sich auf Bauernhöfen niederlassen.

Für die Genehmigung des festen Standplatzes sprachen sich die SPD-Stadträte Lothar Binding und Werner Brands, Dr. Arnulf Lorentz (LD) und GAL-Stadtrat Manfred Metzner aus.

Die »Frechheit siegt« in Heidelberg, unterstrich CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Raban von der Malsburg, in Heidelberg könne man sich nehmen, was man wolle, daß sei derzeit der Grundsatz hier.

Nicht umstimmen ließ sich der Gemeinderat durch die eindringlichen Appelle von OB Beate Weber und Finanzdezernent Ingo Mehrlein. Der Antrag wurde in den Hauptausschuß verwiesen, der nun weiter darüber diskutieren wird... (SPD, GAL und LD haben im Gemeinderat die Mehrheit - Anmerkung der Redaktion).

PLÄDOYER DER HEIDELBERGER OBERBÜRGERMEISTERIN FÜR DIE »WAGENBURG«

»Es geht um das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt«

Heidelbergs Oberbürgermeisterin Beate Weber übermittelte anläßlich der Gemeinderatssitzung der örtlichen Presse eine Stellungnahme, in der sie im einzelnen erläutert, warum sie sich für die Verlegung der Wagenburg einsetzt. Dabei wendet sie sich gegen den Eindruck in der öffentlichen Diskussion, »als handele es sich bei den BewohnerInnen der Wagenburg um gefährliche Kriminelle«. Ihr Plädoyer hat folgenden Wortlaut:

»1. In einer Wagenburg zu leben, ist eine Lebensform, die für viele unverständlich ist; das Leben darin mag für diejenigen, die Ordnung gewohnt sind, chaotisch wirken, aber dies sind Entscheidungen, die jede/jeder für sich selbst zu treffen hat. Gewalt kann sich auch in den ordentlichen Häusern finden lassen - die äußere Form sagt darüber nichts aus.

2. Im Frühjahr 1991 stellten junge Leute ihre Bauwagen eindeutig rechtswidrig auf das landeseigene Grundstück am Klausenpfad, um diese Lebensform umsetzen zu können. Sie baten sogleich die Stadt, ihnen ein Gelände zur Verfügung zu stellen, das sie zum Aufstellen ihrer Wagen pachten können. Das Staatliche Liegenschaftsamt tolerierte ausdrücklich diese »Wagenburg« bis auf Widerruf, um die Suche nach einem Pachtgrundstück zu ermöglichen.

3. Die Suche nach einem solchen Grundstück durch die Stadt und bei privaten EigentümerInnen erwies sich schwieriger als erwartet. Im Herbst 1992 unternahmen wir einen ersten Versuch, eine Entscheidung des Gemeinderates herbeizuführen.

4. Bei der Entscheidung im Gemeinderat geht es allein darum, auf einem Grundstück eine Nutzung mit Dauerwohnwagen, die gesetzlich möglich ist, auch zuzulassen, und dies durch einen normalen Pachtvertrag mit den PartnerInnen zu sichern. Ein völlig normaler Vorgang.

5. Bei dem jetzt dem Gemeindrat vorgelegten Beschlußvorschlag geht es um ein Grundstück im Baugebiet »Bosseldorn«, unmittelbar neben den Bahngleisen. Diese Grundstück ist deswegen besonders gut geeignet, weil eine Erschließung nicht mehr notwendig ist und sofort ein Pachtvertrag abgeschlossen werden kann. Dieser Pachtvertrag soll zeitlich auf zunächst ein Jahr

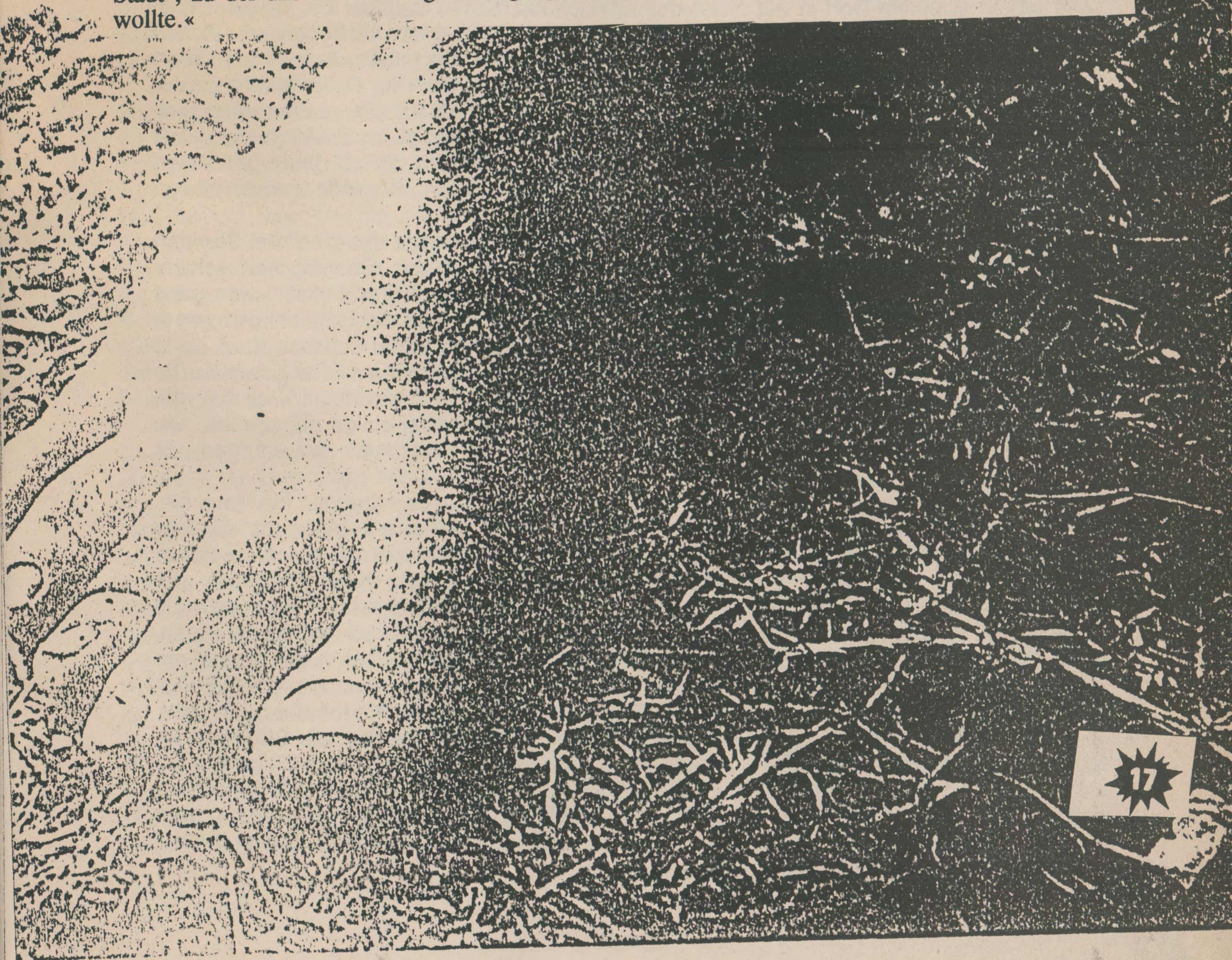
begrenzt werden, ebenso die Zahl der aufgestellten Wagen auf höchstens 21 Wagen begrenzt sein. Die notwendigen Maßnahmen (Zaun) werden von den PächterInnen getragen.

6. In meiner Rede zum Amtsantritt habe ich versprochen, Toleranz gegenüber allen Menschen, die in Heidelberg wohnen und leben wollen, zu üben; alles dafür zu tun, daß die BügerInnen in guter Nachbarschaft und fair miteinander leben können. In den bisherigen 2 1/2 Jahren meiner Amtszeit habe ich immer dann, wenn es notwendig war, Signale gesetzt für Mitmenschlichkeit und friedliches Zusammenleben in unserer Stadt, mit dem Ergebnis, daß es bisher harte Auseinandersetzungen, wie sie in anderen Städten in derselben Zeit durchaus stattfanden, hier nicht gab.

Es ist immer sehr einfach, bei schwierigen Entscheidungen nach Recht und Ordnung zu rufen; es erfordert jedoch eine Menge Mut, die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben konkret zu schaffen und dafür bei den MitbürgerInnen um Verständnis zu werben.

Die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt sind verpflichtet, alles zu tun, damit sich kein Haß gegen Minderheiten entwickelt und daß weder Haß noch Gewalt unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft vergiften. Die wertvollen Güter »friedliches Zusammenleben« und »gute Nachbarschaft« dürfen hier nicht leichtfertig zerstört werden.

Vielfach hatte man den Eindruck bei der öffentlichen Diskussion, als handele es sich bei den BewohnerInnen der Wagenburg um gefährliche Kriminelle. Daß dies nicht so ist, wird jeder bestätigen können, der mit ihnen näher zu tun hatte oder mit ihnen gesprochen hat. Auch wenn die meisten von uns für solche Wohnformen wie eine Wagenburg keine Sympathie haben, so muß es in einer Stadt für solche Minderheiten Platz geben, im Interesse einer »menschenfreundlichen Stadt«, zu der uns der Theologe Wolfgang Huber in seiner Rede zum Neujahr 1991 verpflichten wollte.«



Mit einer Berliner Delegation zwei Wochen in Kurdistan

Zeugnisse aus Kurdistan im Sommer 93

von Regina Pahling und Reiner Dauner

Bereits bei unserer Ankunft in Diyarbakir hörten wir von den massiven Angriffen türkischer Militäreinheiten in den nördlich von Diyarbakir gelegenen Regionen um Erzerum, Bingöl und Kulp. Zu der Zeit wurden vor allem diese Gebiete in regelrechtem Belagerungszustand gehalten und sie waren deshalb von der Außenwelt auch weitestgehend abgeschottet. Dort gab es vor allem Operationen gegen Dörfer und deren Bewohner/innen, nachdem sich die bewaffneten Einheiten der kurdischen Volksbefreiungsarmee zurückgezogen hatten. Als Bestrafungsmaßnahme wurden mehr als 20 Dörfer in nur zehn Tagen systematisch aus der Luft und von Panzern zerstört, die Bewohner/innen wurden vertrieben. Wie das alles im einzelnen geschah, erzählten uns Menschen aus einem der angegriffenen Dörfer. Sie berichteten von mehreren Überfällen auf ihr Dorf Karatas in der Nähe Diyarbakirs.

... daß es Leute aus der Gegend waren

" Wir lebten in einem Dorf in der Nähe des Dorfschützerdorfes Balpinar bei Diyarbakir. In Balpinar sind ca. 90 - 100 Dorfschützer stationiert, die alle aus den umliegenden Dörfern gezwungen wurden, Dorfschützer zu werden. Sie haben dann die ganze Gegend terrorisiert und zahlreiche Überfälle durchgeführt. Außerdem bewachen sie eine Polizeiwache in der Nähe ihres Dorfes. Dann wurden in der Nähe unseres Dorfes Karatas letztes Jahr zwei Guerilleras getötet. Die haben wir dann in unserem Dorf beerdigt. Deshalb wurde unser Dorf überfallen, und wir wurden gefoltert. Die Guerilla hatte nicht zuletzt deswegen einen Haß auf die Dorfschützer und tötete drei oder vier von ihnen. Danach wurde unser Dorf von Soldaten und Dorfschützern angegriffen.
Die Guerillakämpfer waren nicht aus unserem Dorf. Trotzdem wurde das Dorf drei Stunden lang in der Nacht beschossen. Einige Personen wurden in der Öffentlichkeit schwer gefoltert. Die Häuser, die Autos und die Fernseher wurden zerstört, und vieles, was ganz geblieben ist, haben sie mitgenommen. In der Zeit danach hatten die Dorfschützer unser Dorf unter besonderer Beobachtung. Sie kamen fast jede Nacht und schossen auf alles. Wir und auch andere Bewohner gingen zur Polizeistation und haben um Hilfe gebeten. Die Polizei aber hat gar nichts unternommen. Deswegen haben die Dorfschützer ihre Angriffe weiter fortgesetzt. Sie haben Tiere geklaut und auch an die Polizei einige abgegeben. Sie kamen immer in Uniform. Später haben sie dann mit den Massakern angefangen. Es wurden oft Leute einfach abgeknallt.
Bei einer Familie tauchten einmal mehrere maskierte Männer auf und drangen ins Haus ein. Sie erschossen ohne jegliche Vorwarnung den älteren Sohn, der sich in einem der Zimmer aufhielt und Fernsehen schaute. Sie hatten alle Tücher um ihre Gesichter, damit sie keiner erkennen sollte. Der Vater zog aber in diesem Moment den zwei Anführern der Bewaffneten die Tücher weg. Er rief dann ihre Namen, da er sie erkannte. Es waren die Dorfschützer Ali und Orhan Ertas aus dem Nachbardorf Balpinar. Danach wurde der Mann, seine Frau und die Tochter auf den Hof hinausgezerrt und sie eröffneten das Feuer auf alle. Nur die Tochter überlebte den Vorfall schwerverletzt. Danach verlangte die Familie, daß die Täter bestraft werden müssen. Die Polizei interessierte der Vorfall aber gar nicht. Sie seien dafür nicht zuständig. In den Medien wurde danach behauptet, die PKK-Guerilla hätte dieses Blutbad angerichtet. Und das obwohl die Namen bekannt sind. Wenn das so weitergeht, wird unser Dorf noch ganz kaputtgemacht. In dieser Zeit gingen viele Bewohner und ganze Familien weg. Es war immer die Drohung, Dorfschützer zu werden oder wegzugehen. Und nur weil das keiner wollte, haben sie das alles gemacht. Sie verhaften aber immer nur uns und nie die wirklich Schuldigen."

Besuch beim Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir

An einem anderen Tag konnten wir uns selbst davon überzeugen, was mit den Menschen geschied, wenn sie verhaftet werden. Wir besuchten einige Prozeße beim Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir. Dort gibt es ständig Prozeße gegen Menschen, die bei sogenannten "Dorfsäuberungsaktionen" der Soldaten willkürlich verhaftet wurden. Den ersten Eindruck, den wir bei der Ankunft am Gerichtsgebäude bekamen, lies schon vage erahnen, was sich dort Tag für Tag abspielt.
Die Prozesse des Tages waren angekündigt ab 9.00 Uhr. Vor dem Gebäude standen schwerbewaffnete Soldaten und ca. 20 Meter davor die Angehörigen und sonstigen Prozeßbesucher. Von ebenfalls bewaffneten Zivilbeamten wurden wir ausführlich kontrolliert bevor wir ins Gebäude gelangten. Danach weiteres Warten. Draußen kamen in der Zwischenzeit die Fahrzeuge mit den Gefangenen an. Es waren größere Transporter, die eher wie Viehtransporter wirkten, da sie rundum geschlossen und unter dem Dach nur kleine Luftschlitze waren.
Jeder Gefangene wurde von 2 bis 3 Soldaten zum Gebäude zu einem Seiteneingang geleitet. danach wurden die Angehörigen und die anderen Prozeßbesucher ins Gebäude gelassen. Sie wurden in einen Besucherraum delegiert, der eher wie eine größere Gefängniszelle aussah. Da der Raum für die Anzahl der Menschen kaum ausreichte, standen einige noch im Vorraum. Sie wurden dann von den Sicherheitskräften immer wieder recht unfreundlich in den Raum hineingescheucht.
Wir wurden von den Anwälten in den 3. Stock ins Verteidigerzimmer begleitet. Viele Soldaten waren vor den einzelnen Zimmern und am Treppenaufgang mit Gewehren postiert. Verachtende Blicke verfolgten uns.
Die Rechtsanwälte erzählten uns von den ca. 35 Angeklagten, die an diesem Tag alle mit mehr oder weniger den gleichen Vorwürfen der " Unterstützung einer bewaffneten Bande " abgeurteilt werden sollen. Es sei jeden Tag dasselbe.
Im Verhandlungsraum mußten wir uns ordentlich hinsetzen und schweigen. Danach stellten sich 5 Soldaten im Raum verteilt mit ihren Waffen in Position. Der Angeklagte und zwei weitere Soldaten nahmen ihre Plätze ein.
Nun begann das Gericht mit dem Verlesen der Anklage und es wurden noch 2 oder 3 Fragen geklärt. Die gesprochenen Sätze sind kaum zu verstehen und waren nur sehr kurz. Bereits nach 4 Minuten wurde dann das Urteil, 5 Jahre wegen "Unterstützung einer terroristischen Bande" verkündet. Und schon begann der nächste Fall. In regelrechten Schnellverfahren, die im Einzelnen allerhöchstens 10 Minuten dauerten, wurden teilweise mehrere Angeklagte zu 3, 5 und 8 Jahren verurteilt. Dazwischen immer wieder Szenen in den Zuschauerbänken. Die Mutter eines Angeklagten bekam einen Weinkrampf, Soldaten bedrängten die Angehörigen.

Im Verteidigerraum fragen wir in einer Verhandlungspause, was die Anwältinnen und Anwälte da überhaupt machen können:

"Ja, es gibt so gut wie keine Möglichkeiten der sachlichen Verteidigung. Das einzige, was wir machen können ist, moralisch unterstützen. Die politischen Prozesse sind immer so, nie anders. Sie verhaften die Leute in den Dörfern und werfen ihnen vor Geld, Material oder Waffen besorgt zu haben. Hafiz ist da keine Ausnahme. In allen Fällen geht es um dasselbe. Es gibt nie Beweise, nur die Anschuldigungen der Polizei. Zeugen erscheinen nie vor Gericht. Einige der Angeklagten belasten sich selbst oder dazu noch andere unter der Folter. Auch wenn wir als Rechtsanwälte das vor Gericht ansprechen, wird es nicht berücksichtigt oder wir werden selbst verhaftet und gefoltert. Als Anwalt hast Du hier gar keine Chance und alleine Deine Anwesenheit nervt sie.
Die türkische Verfassung und das Strafgesetzbuch sagen, daß eine Aussage unter Folter nicht gültig ist. Trotzdem bewertet das Gericht diese unter der Folter erzwungenen Protokolle und bestraft danach. So etwas ist nie demokratisch und kann auch nicht unter solchen Gesichtspunkten gesehen werden.



Weg durch die überfüllten engen Gassen. Aus einer geselligen Runde von Punks, Säufern und Skins die schon den ganzen Tag dort gesoffen hatten, war von aufmerksamer Seite "Scheißjuden" vernommen worden.
Diejenigen, die nach dem ersten Schreck noch laufen konnten, wurden unter dem Ruf "Keine Gefangenen" einige hundert Meter die Straße hoch getrieben.
Das Skinheadoputfit gehört übrigens in Rostock, Dresden und Leipzig zum Straßenbild. Auf der Tour fielen sie immer wieder ins Auge. Es gibt viele Jugendliche die sich so präsentieren.
Auf jeden Fall mehr als im Westen. Dazu kommt aber auch, daß es die Polarisierung, die räumliche Trennung der verschiedenen Fraktionen, innerhalb der Skins im Osten so noch nicht gibt.
Redskins, Sharps, OI-Skins und Boneheads sind von links nach rechts die verschieden Fraktionen der Skins. Redskins, Leute die sich als links und sozialistisch definieren haben wir nicht angetroffen. Sie sind offensichtlich nicht der Hit bei den Jugendlichen. ("Sozialismus hatten wir schon")
Auf Sharps wies ein Flugblatt in Rostock hin, außerdem gab es ein paar in Leipzig. Aber die trugen keine Sharp-Aufnäher, weil das die Oi-Skins als Aufweichung der echten Skinheadkultur werten und daher nicht zulassen. Sharps (SkinHeads Against Racial Predjudice) sind antirassistisch eingestellt. Nicht mehr und auch nicht weniger. Sie sind also keinesfalls als Linke zu bezeichnen und sind an Politik meist nicht sonderlich interessiert. Sie beziehen sich aber auf die Wurzeln der Skinmusik, die geprägt ist durch afro-karibische Einflüße von Reggae, Ska und Soul. Ein Skin der zur Musik von Schwarzen tanzt und seinen Spaß hat, kann nicht gleichzeitig Menschen mit anderer Hautfarbe verachten und verprügeln. So die Meinung von Sharps.
Bei Oi-Skins dreht sich alles um Feten, Spaß, Saufen und Musik.Im Grunde ähnlich unpolitisch wie bei den Sharps, nur ohne die explizit antirassisitische Einstellung. Eine. plakative Kennzeichnung der eigenen politischen Meinung lehnen sie ab (Wer fragt einen Metal Fan danach). Von den Oi-Skins sind einige unpolitisch und andere haben eine eher rechte Einstellung.
Skins mit gefestigtem rechtsradikalen Weltbild werden Boneheads genannt. Schätzungen gehen dahin, daß etwa 10% der ca. 8000 deutschen Skins rechtsradikal drauf sind, weitere 40% können als rechts eingestuft werden. Die andere Hälfte ist aber überwiegend Jugendsubkultur. (Quelle: Eberhard-Seidel Pielen) Es wäre mal interessant nach den Gründen zu suchen warum soviele ostdeutsche Jugendliche sich für die gewaltaustrahlende und damit angstverbreitende (in der Öffentlichkeit gelten Skins als die brutalen Ausländerjäger schlechthin) Skinheadkultur entscheiden. Vielleicht bleibt ja am



ende doch nur das geile Machtgefühl, weil Mitmenschen ängstlich die Straßenseite wechseln.
In Leipzig und auch Dresden gibt es weder Aufnäher noch sonst irgendwelche Äußerlichkeiten, an denen nichtfaschistische Skins zu erkennen wären. So ist die Identifizierung von Faschos ohne Leute der örtlichen Antifa unmöglich. Auch die oben beschriebene Aktion hatte eine lange und heftige Diskussion zur Folge. So konnte bis zuletzt nicht geklärt werden, ob es sich bei den Skins um Oi-Skins oder um Boneheads handelte. Es ist keine Polarisierung zu Erkennen und augenscheinlich wird sie von den meisten Menschen vor Ort auch nicht gewollt.

Gesprächsausschnitt:
Frage an einen Typ mit sehr kurzen Haaren: *"Was war denn los hier?"*
"Haben die einfach auf die Leute eingeschlagen. Weißt du, das ist so hier. Punks und Skins die sitzen hier in Dresden zusammen, weil die Skins nämlich nicht den hier machen (hebt den Arm zum Hitlergruß). Skin ist nicht gleich rechts. Skins wollen einfach nur bischen Spass haben, bischen trinken,..."
Zwei interessiert zuhörende Punks ergänzen:" ... *und`n bischen ficken. Genau wie wir."*
Erwähnenswert ist noch die aufwendig gestaltete Vokü: Wahlweise gibt es Nudel- oder Linsensuppe aus der Dose! Echt appetitlich.
Nächsten morgen geht es dann nach Leipzig. Hier findet in der Innenstadt ein riesiges kommerzielles Freß-und Sauffest statt.
Mit unserem Lautsprecherwagen und Hip Hop Musik kurven wir gnadenlos dazwischen. Flugblätter



wurden verteilt und Plakate geklebt. Die Bullen sind diesmal erstaunlich schnell und laufen uns beobachtend hinterher. Wir bringen die Aktion aber ruhig zum Abschluß.

Man muß sich aber fragen ob diese Aktion tatsächlich Sinn machte, weil unser Aufzug in dem riesigen Fest schlicht unterging. Und ob die normalen Bürger auf Hip Hop Mucke stehen ist auch nicht ausgemacht. In Hamburg geht auch niemand zum Alstervergnügen und rennt dort mit 100 Leuten durch die 100.000 anderen ohne aktuellen Anlaß.

Im Stadtteil Connewitz liegt das Conne-Island, das Leipziger Konzert-und Kommunikationszentrum der Linken. Hier hat im Gegensatz zu Dresden die Trennung zwischen Faschisten und Szene bereits stattgefunden. Die Szene scheint hier auch weniger von Alternativen/Ökohippies bestimmt zu sein.

Eine Leipziger Gruppe hatte vor der Diskussionsveranstaltung ein Papier verteilt, in dem sie ihre Kritik an dem Tourkonzept formulierten. Die Leipziger konnten mit einer abstrakten Nationalismusdiskussion nicht viel anfangen. Wichtiger war ihnen die Frage der Entwicklung einer linken Gegenkultur und das Verhältnis "Wessis" und "Ossis". Die ständige Hervorhebung der Unterschiedlichkeit von "Wessis" und "Ossis" sowie der gemeinsamen Vergangenheit aller "Ossis", also auch der Faschos, wurde von einigen TeilnehmerInnen als DDR-Nationalismus interpretiert, was schließlich Günther Jacob dazu bewog, den Raum demonstrativ zu verlassen.

Wichtig wäre es, die wenigen Antifas vor Ort in jeder Hinsicht zu unterstützen und solidarisch mit ihnen zu diskutieren. Die Gefahr eines DDR-Nationalismus gibt es sehr wohl. Eine Ursache der fehlenden Polarisierung zwischen Linken und Rechten ist die gemeinsame subkulturelle Opposition gegen einen Staat, der sich als sozialistisch bezeichnete. Es hilft jedoch wenig, die gesamte Szene in Bausch und Bogen abzuschreiben und sich selbstgefällig auf den Westen zu beschränken. Sinnvoll wäre es eher, in geduldiger aber beharrlicher Auseinandersetzung mit den Antifas vor Ort eine gemeinsame Politik zu entwickeln, die sich als erstes Ziel die Polarisierung der subkulturellen Szene setzen sollte.

Es wurde von falschen Vorstellungen in Bezug auf die Präsenz von Faschisten in der Ex-DDR ausgegangen. In allen drei Städten konnte nicht die Rede davon sein, daß man die Straße zurückerobern müsse.

Die öffentlichen Plätze waren nicht von den Faschisten vereinahmt.

Der Raum für eine antifaschistische Linke war vorhanden, wurde aber augenscheinlich von den örtlichen Gruppen nicht genutzt.

Die Besucher aus dem Westen trafen auf eine marginalisierte Linke, die sich innerhalb eines di[...]ernativen Spektrums bewegt, wo von Ökos [...]rufties bis Skins alles vertreten ist.

Nimmt man die Infoläden (Rostock, Dresden) als Ausdruck einer linksradikalen Politikkultur so zeigt sich ein skuriles Bild.

Rostock hatte etwa zehn Bücher zum verkaufen, ein dutzend Archivordner und eine Leihbücherei. In Dresden war das Zigaretten- und Süssigkeitenangebot umfangreicher, als das der Bücher und Broschüren. Nun liegt es sicher nicht an der Vorliebe der Betreiber an Naschkram, sondern ist Ausdruck einer winzigen Szene, in der sich mehr Literatur auch gar nicht verkaufen würde.

In Rostock waren die Antifas gerade mal in der Lage für Essen und Unterkunft zu sorgen, damit waren ihre Kapazitäten auch schon erschöpft.

Überhaupt bekam man in allen drei Städten nie Gruppen von Antifas oder Linken zu Gesicht. Nur einige Einzelpersonen waren bei den Aktivitäten der Westler zugegen.

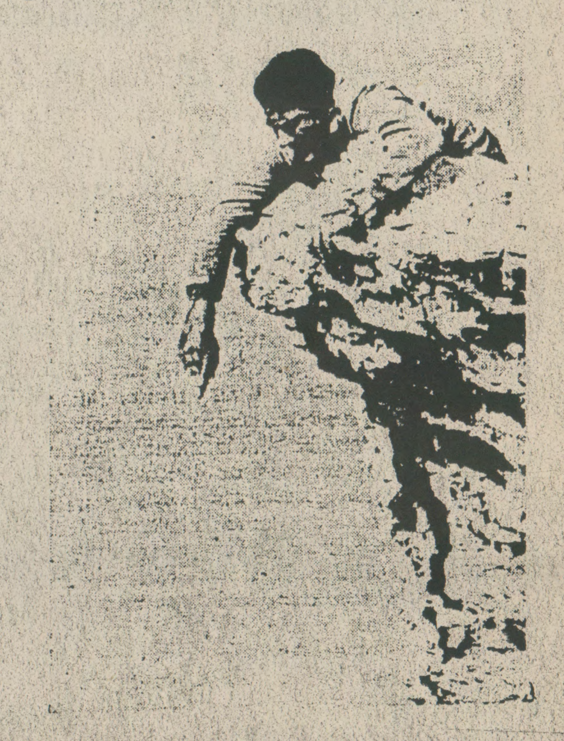
Hier wäre nach den Gründen zufragen. Lag es an der mangelnden Absprache mit den Ostgruppen, wurde hier augenscheinlich, daß Westlinke ohne Kontakt etwas organisiert hatten oder ist das der reale personelle Rahmen der Ostantifas?

Faktisch zeigt sich eine Entpolitisierung im Sinne einer fehlenden Politisierung, die auch in den Diskussionsbeiträgen der Ostantifas partiell deutlich wurde. Auch die Tatsache, daß im Conne-Island, als leistungsfähigstes Kommunikationszentrum der drei besuchten Städte, kein Infoladen existiert ist ein Ausdruck davon.

Es liegt noch ein gutes Stück Weg vor den ostdeutschen GenossInnenen um von der Subkultur zur Gegenkultur zu gelangen.

Fazit:

Linksradikales Politspektakel/West traf alternative Jugendsubkultur/Ost.



AUFRUF

ZU EINER NICHT GANZ ERNST GEMEINTEN KUNDGEBUNG



POTSDAM, PLATZ DER EINHEIT

3. OKTOBER 14.00 UHR

KOMMT ALLE !

PLATZUMBENENNUNG - TOMBOLA MIT

NEUENLANDERN - HARIBO UND FILZSTIFTE FÜR ALLE - OLYMPIAUFKLEBER UMSONST